



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Hauptausschuss

20.05.2021

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch, 12.05.2021

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter*innen:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, Leitung der SitzungHerr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des OberbürgermeistersFrau **Renger**, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, eröffnet die 26. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Mitglieder sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang am 05.05.2021).

Es sind 13 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 25.Sitzung des Hauptausschusses am 29.04.2021

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, schlägt vor, dass die Niederschrift der 25. Sitzung des Hauptausschusses in der 27. Sitzung des Hauptausschusses am 10. Juni 2021 beschlossen wird.

Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses musste gegen den Beschluss zum fiktiven Unternehmerlohn Widerspruch einlegen, da die Kommunalaufsicht Einwände angemeldet hatte. Um diese Maßnahme umzusetzen, ist die Erarbeitung einer Nachtragshaushaltssatzung erforderlich. Wegen der Dringlichkeit soll diese in 1. und 2. Lesung in der Sitzung der Stadtvertretung am 27. Mai beraten und beschlossen werden. Ziel ist, die Beschlussvorlage mit den Anlagen bis zum 21.05.2021 an die Stadtvertreter zu übersenden. In die Nachtragshaushaltssatzung sollen neben dem Beschluss zum Unternehmerlohn über insgesamt 250 TEUR auch die Beschlüsse für die Unterstützung der Vereine und Verbände bei Mittellosigkeit, für Werbekampagnen sowie die Aktionsförderung von insgesamt 150 TEUR und die Anschaffung von Luftfilteranlagen für die Schulen von insgesamt 96 TEUR eingearbeitet werden.

Da das Innenministerium diese Satzung erst prüfen muss, ist von einem gewissen Zeitverzug bei der Realisierung der Maßnahmen auszugehen.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) berichtet von der Unzufriedenheit ihrer Fraktion mit dieser Situation. Sinn des Beschlusses war, ein deutliches Zeichen in Richtung Unternehmer zu senden und die Maßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen.

Der Erlass, auf den der Widerspruch sich bezieht, stammt schon aus dem Jahr 2020 und zum Zeitpunkt des Beschlusses hätte bekannt sein können, dass eine Nachtragshaushaltsatzung erforderlich ist. Ihre Fraktion bedauert den eingetretenen Zeitverzug und möchte in der Öffentlichkeit kundtun, dass die Stadtvertreter*innen alles dafür getan haben, dass die Hilfen schnell kommen können.

Ratsfrau **Muth** (Die LINKE) erklärt, dass ihre Fraktion den vorgeschlagenen Weg auch mitträgt, schnellstmöglich das auf den Weg zu bringen, was mit der ersten, von der Verwaltung vorgelegten Vorlage nicht möglich war. Nach dem Zeitungsartikel vom 11. Mai hatten Unternehmer*innen viel Erklärungsbedarf. Ratsfrau Muth äußert ihre Enttäuschung darüber, dass der Stadtvertretung in der ersten Beratungsfolge der Vorlage die Möglichkeit eines Nachtragshaushaltes nicht vorgelegt wurde.

Herr Witt erinnert daran, dass der in Rede stehende Beschluss in der AG Coronahilfen erarbeitet wurde. Schon damals habe er gesagt, dass die Maßnahme keine kommunale Aufgabe sei und Spitzenverbände dringend abgeraten haben.

Dennoch wurde ein schneller Weg gesucht, über Kompensationsmöglichkeiten im Haushalt, und er habe in Erinnerung, dass es ein gemeinsamer Weg war. Die Antragsfrist begann am 1. Mai, frühester Auszahlungsbeginn wäre der 1. Juni gewesen. Wenn der Nachtragshaushalt am 27. Mai beschlossen wird, beträgt die Verzögerung vier Wochen, was ärgerlich ist, aber den im Januar begonnenen Weg nicht abbricht.

Ratsherr **Kowalick** (Die LINKE) fragt nach, ob das Problem der durch die Stadt nicht realisierbaren Bürgerschaft für den PSV nicht ebenfalls über den Nachtragshaushalt lösbar wäre.

Herr Witt verweist auf die theoretische Möglichkeit dieses Vorgehens, aber auch darauf, dass im heutigen Gespräch mit dem PSV von diesem die zeitliche Notwendigkeit nicht gesehen wird, die Unterstützung vor dem Haushaltsjahr 2022 zu diskutieren.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) hätte von der Verwaltung erwartet, dass die Hinweise aus der Arbeitsgruppe, dass ein Nachtragshaushalt notwendig ist, eher beachtet worden wären. Die zeitliche Verzögerung, die jetzt eintritt, ist seiner Meinung nach unnötig.

Herr Witt erwidert, dass die Vorgehensweise, Kompensationsmöglichkeiten im laufenden Haushalt zu suchen, durchaus logisch war, allerdings erwartet die Kommunalaufsicht, dass diese Kompensationen im freiwilligen Bereich erbracht werden.

Ratsherr **Pawlowski** (fraktionslos) erwartet eine Antwort auf seine Frage, die er für viele Bürger*innen in der Oststadt stellt: Kann geprüft werden, warum es den Anschein hat, als ob der Ihlenpool immer mehr austrocknet? Vielleicht kann das Wasser, das aus der Kiesgrube abgepumpt wird, dort hinein gepumpt werden.

Ratsfrau **Muth** äußert namens der Fraktion DIE LINKE die Erwartung, dass über Termine wie Eröffnungen von Spielplätzen oder ähnlichem zukünftig entsprechende Informationen darüber auch an die Fraktionen gegeben werden.

Herr **Witt** verweist auf die aktuell geltende Corona-Landesverordnung, die Treffen mit mehreren Personen nur unter Auflagen zulässt und informiert, dass für die in Rede stehende Veranstaltung der Inbetriebnahme des Spielplatzes im Kulturpark nur Medienvertreter eingeladen waren. Aufgrund einer fehlgeleiteten Information durch den NDR waren bei diesem Pressetermin auch viele Besucher anwesend. Herr Witt bittet um Verständnis und hofft, dass solche Veranstaltungen, wenn sich die Pandemie-Situation entscheidend verbessert, auch wieder in größerem und feierlichem Rahmen stattfinden können.

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, (CDU) unterstützt das Anliegen von Ratsfrau Muth. Er verweist darauf, dass er zwei Stellvertreter hat bzw. jeweils ein Mitglied einer Fraktion dazugebeten werden kann, damit die Stadtvertretung bei derartigen Aktionen vertreten ist.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** fragt nach, ob der finanzielle Ausgleich, den die Stadt für die weggefallenen Straßenbaubeiträge erhält, für die Maßnahmen ausreicht, die die Stadt realisiert.

Herr **Schwabe**, Leiter des Eigenbetriebes Immobilienmanagement, erläutert, dass die Summe für das Jahr 2020 und die Folgejahre ausreicht und die Umsätze, die durch die Straßenbaubeiträge erzielt worden wären, deckt. Das wird ggf. schwieriger, wenn große Straßenbauvorhaben (z. B. Sponholzer Str.) in Angriff genommen werden, wo dann mehr Straßenbaubeiträge erzielt werden würden. Allerdings führt die Auszahlung dieser Summe auch dazu, dass der Eigenbetrieb deutlich weniger Klagen und Widersprüche zu bearbeiten hat.

Ratsfrau **Wegner** (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Versetzung einer Fußgänger-, Radfahrer-Ampel, die an der Kreuzung Rostocker Str. im Baustellenbereich genau auf dem Radweg steht.

Ratsherr **Kuhnert** (Die LINKE) wiederholt seine Anregung, an der Kreuzung Woldegker Str./Umgehungsstraße mehr zu kontrollieren, da es da häufiger zu Rotlichtverstößen kommt.

Herr **Witt** berichtet, dass die Stadt dem Straßenbauamt gemeldet hatte, dass die linke Spur der Woldegker Str., die stadteinwärts auf die Umgehungsstraße führt zu kurz ist. Eine Prüfung, die restlichen 20 Meter noch auszubauen, wurde in Aussicht gestellt. Er bestätigt die Beobachtung, dass die Räumzeiten wegen der Notwendigkeit, große Verkehrsmengen über die Kreuzung zu ziehen, sehr gering sind.

Ratsherr Kuhnert konkretisiert seine Beobachtung und kritisiert, dass sehr oft zwei, drei Fahrzeuge noch bei Rot beschleunigen, um über die Kreuzung zu fahren, während der Querverkehr schon Grün hat.

Ratsfrau **Paulitschke** (SPD) bittet um Überprüfung der Ampelphasen, auch hinsichtlich der kommenden Ringbaustelle, da in Stoßzeiten erhebliche Rückstaus zu verzeichnen sind.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, erläutert, dass diese Prüfung im Vorfeld der Baustellenerrichtung stattgefunden hat, es wird auch kleine Änderungen geben, insgesamt wird es aber nicht so sein können, dass man während der Bauphase genauso schnell durch die Stadt kommt wie vorher.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** schlägt vor, im nächsten Haushalt die Anschaffung einer weiteren Blitzersäule für diese Kreuzung zu überlegen. Zum einen trägt das zur Disziplinierung der Autofahrenden bei, andererseits würde es den Haushaltseinnahmen zugutekommen.

Ratsfrau Paulitschke erinnert daran, dass sich an der Umleitung eine Schule befindet und bittet um besondere Aufmerksamkeit auf die Johannesstraße.

Herr **Modemann** berichtet von der Abstimmung des Landrates mit den Bürgermeistern und leitenden Verwaltungsbeamten zur Corona-Lage und verweist auf eine zusammenfassende Erklärung des stellvertretenden Landrates auf der Homepage des Landkreises.

TOP 5 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses

Einstimmig sprechen sich die Mitglieder des Hauptausschusses für eine Videokonferenz mit überwiegendem Präsenzanteil im Sitzungsraum (Hybridsitzung) aus.

TOP 6 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

In Änderung zur Einladung wird im TOP 11 an Stelle der Drucksache BV/VII/0144 „Festlegung des Termins zur Wahl des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin“, Einreicher: Oberbürgermeister, die Drucksache BV/VII/0221 mit dem gleichen Gegenstand, aber als Einreicher: Stadtpräsident, behandelt. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte ordnungsgemäß.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, bittet im nichtöffentlichen Teil als **TOP 24** die Personalvorlage PV/VII/0026 „Kündigung des Arbeitsverhältnisses mit einem Beschäftigten“ nachzutragen.

Weiterhin schlägt er vor, die Drucksachen BV/VII/0082 und BV/VII/0083 (**TOP 9 und 10**) sowie die Drucksachen BV/VII/0187 und BV/VII/0188 (**TOP 14 + TOP 15**) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 7 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 8 Beitritt zum Aktionsbündnis B 96 Ausbau – So nicht! Vorlage: BV/VII/0217

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen die Fraktionsvorlage zur Kenntnis.

Die Tagesordnungspunkte **9** und **10** werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 9 Gebührenkalkulation zur Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungsgebührensatzung) Vorlage: BV/VII/0082

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Gegenstimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 10 Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungsgebührensatzung) Vorlage: BV/VII/0083

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Gegenstimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 11 Festlegung des Termins zur Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0221

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 12 Gründung eines Festkomitees zur 775-Jahrfeier der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0172

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 13 Radverkehrskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0181

Ratsherr **Kowalick** (Die LINKE) merkt an, dass entgegen seiner früheren Anregung seine Fraktion sich darauf verständigt hat, dass das Konzept in einer Lesung beschlossen werden kann, auch weil die Verwaltung zweijährlich über den Arbeitsstand berichten soll.

Ratsfrau **Wegner** (Bündnis 90/ Die Grünen) kündigt an, dass ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringen wird.

Auf die Nachfrage von Ratsherrn **Kuhnert** (Die LINKE) zur Berichtigung von fehlerhaften Plänen im Dokument kündigt Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses ein Änderungsblatt für die Sitzung der Stadtvertretung an.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Enthaltungen in die Stadtvertretung verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **14** und **15** werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 14 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung des Herrn Gernot Kunzemann durch den Hauptausschuss für das II. Quartal 2021 – Geldzuwendung für die Beschaffung eines Amberbaumes zur Pflanzung am Treptower Tor
Vorlage: BV/VII/0187

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: HA 26/14/2021

TOP 15 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der CDU-Fraktion durch den Hauptausschuss für das II. Quartal 2021 – Geldzuwendung für die Herstellung einer Platte des Walk of Sport zur Ehrung der Frau Franka Dietzsch
Vorlage: BV/VII/0188

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: HA 26/15/2021

**TOP 16 Sanierungsgebiet „Altstadt“ der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Verlängerung der Laufzeit der rechtskräftigen Sanierungssatzung „Altstadt“
Vorlage: BV/VII/0190**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

**TOP 17 Durchführung der Wahl der Schiedsperson für die Schiedsstelle II der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0195**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

**TOP 18 Bebauungsplan Nr. 122 „Westliches Bahnhofsquartier“
hier: 2. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0196**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

**TOP 19 Gedenkorte Bücherverbrennung
Vorlage: BV/VII/0197**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Enthaltungen in die Stadtvertretung verwiesen.

**TOP 20 Besetzung des Aufsichtsrates der Zentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnologie Mecklenburg-Vorpommern gmbH (ZELT)
Vorlage: BV/VII/0216**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Enthaltungen in die Stadtvertretung verwiesen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Silvio Witt
Oberbürgermeister
Ausschussvorsitzender

gez. Sabine Renger
Protokoll